

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter Februar 2017

Liebe Leserinnen und Leser!

In der Februar-Ausgabe unseres Newsletters berichten wir über verschiedene Aktionen und Proteste gegen Abschiebungen aus NRW nach Afghanistan. Am 11.02.2017 findet hierzu ein bundesweiter Aktionstag statt. In vielen deutschen Städten werden zeitgleich Demonstrationen stattfinden, unter anderem auch in Düsseldorf. Trotz eines neuen Berichts des UN-Flüchtlingswerks, der die schlechte Sicherheitslage in Afghanistan beschreibt, wurden am 23.01.2017 erneut afghanische Asylsuchende aus Deutschland abgeschoben. Wir appellieren an die nordrhein-westfälische Landesregierung, einen Abschiebungsstopp nach Afghanistan zu erlassen.

Dieses Jahr finden zwei wichtige Wahlen in Deutschland statt. In NRW wird am 14.05.2017 der Landtag gewählt, und im September entscheiden die Bürgerinnen über die Zusammensetzung des Bundestags. Vor diesem Hintergrund haben wir die Veranstaltungsreihe „Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl“ gestartet, in deren Rahmen wir in jedem Regierungsbezirk eine Podiumsdiskussion mit (potentiellen) Landtagsabgeordneten durchführen. Die Auftaktveranstaltung in Bielefeld am 03.02.2017 war gut besucht; die letzte Podiumsdiskussion der Reihe findet am 03.03.2017 in Düsseldorf statt. Insgesamt stehen die Zeichen im Jahr 2017 auf Wahlkampf, der zum Teil leider durch Stimmungsmache gegen Flüchtlinge gekennzeichnet ist. NRW kündigte schon im letzten Jahr an, viel mehr Menschen abschieben zu wollen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet, über die wir in dieser Ausgabe berichten möchten. Gleichzeitig informieren wir aber auch über viele unterstützenswerte Initiativen aus den Kommunen, die in den letzten Wochen für Wirbel gesorgt haben.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse initiativen@fnnrw.de. Unter www.fnnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Afghanistan ist kein sicheres Land – Aufruf zur Demonstrationen in Düsseldorf

Gemeinsam mit vielen weiteren Initiativen und Organisationen ruft der Flüchtlingsrat NRW (FR NRW) dazu auf, an der Demonstration „Abschiebungsstopp nach Afghanistan – Jetzt! #keinsicheresLand“ am 11.02.2017 in Düsseldorf teilzunehmen. Dieser Tag ist ein bundesweiter Protesttag gegen Abschiebungen nach Afghanistan: U.a. sind Demonstrationen in Berlin, Hamburg, Hannover, Rostock, Düsseldorf, Bielefeld, Nürnberg, Wiesbaden, Trier und Erfurt angekündigt. Die Demonstration in Düsseldorf startet am 11.02.2017 um 13.30 Uhr vor dem DGB NRW in der Friedrich-Ebert-Str. 34 und endet gegen 15 Uhr mit einer Kundgebung am Düsseldorfer Landtag (Platz des Landtags 1).



Der Flüchtlingsrat NRW hat mithilfe verschiedener Aktivitäten wie einer Postkarten-Aktion oder der Verbreitung von Informationen über die Sicherheitslage in Afghanistan unter dem Hashtag #Afghanistansnotsafe in den Sozialen Medien den Blick auf die Situation in Afghanistan und die der hier lebenden afghanischen Flüchtlinge gelenkt. In einem offenen Brief vom 12.01.2017 wird zudem der nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger aufgefordert, einen sofortigen Abschiebungsstopp aus NRW nach Afghanistan zu erlassen und sich einer Initiative aus Schleswig-Holstein für einen bundesweiten Abschiebungsstopp anzuschließen. Im Brief wird auf einen neuen Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) vom 22.12.2016 hingewiesen, in dem das UNHCR der Einschätzung der Bundesregierung über die Sicherheitslage in Afghanistan widerspricht. Laut UNHCR ist „das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des Art. 15c der EU-Qualifikationsrichtlinie betroffen“. Die Lage in Afghanistan habe sich „insgesamt nochmals deutlich verschlechtert“.

[FRNRW: Demoaufruf „Abschiebungsstopp nach Afghanistan – Jetzt! #keinsicheresLand“ \(25.01.2017\)](#)

[FR NRW: Postkarten-Aktion „#AfghanistansNOTsafe“](#)

[FR NRW: Offener Brief an NRW-Innenminister Jäger - Abschiebungsstopp nach Afghanistan \(12.01.2017\)](#)

[Hier findet man alle Städte, die sich am bundesweiten Aktionstag „Keine Abschiebungen nach Afghanistan!“ beteiligen.](#)

Aktionen gegen Abschiebungen von afghanischen Flüchtlingen

In den letzten Wochen gab es viele kommunale Protestaktionen und Initiativen, die sich gegen Abschiebungen aus Deutschland nach Afghanistan positioniert haben. Am 01.02.2017 demonstrierten ca. 300 Menschen anlässlich der Stadtratssitzung vor dem Rathaus in Bochum, um die Ratsinitiative „Keine Abschiebungen nach Afghanistan“ der Bochumer Ratsfraktion der LINKEN zu unterstützen. Dazu aufgerufen hatte u.a. der Treffpunkt Asyl Bochum, der auf der Demonstration noch einmal an die Bochumer Ausländerbehörde, Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und die Bochumer Politik appellierte, Abschiebungen aus Bochum nach Afghanistan effektiv zu verhindern. Der Antrag der LINKEN wurde in der Ratssitzung zurückgezogen, um gemeinsam mit anderen Fraktionen in der nächsten Ratssitzung eine Resolution für einen Abschiebungsstopp auf den Weg zu bringen.



In Düsseldorf rief "Nedaje Afghan افغان نډای – Afghanischer Aufschrei – Afghan Outcry" zu einer Kundgebung am 02.02.2017 vor dem dortigen Rathaus auf. Die Initiative übergab vor der Ratssitzung einen Appell gegen Abschiebungen an den Düsseldorfer Bürgermeister Thomas Geisel. In der Sitzung verabschiedete der Rat der Stadt Düsseldorf einen Antrag zu Abschiebungen nach Afghanistan, durch den die Stadtverwaltung aufgefordert wird, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerberinnen aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleiberechtsperspektive zu prüfen.

[report-D: Düsseldorfer Stadtrat verurteilt Abschiebungen nach Afghanistan \(03.02.2017\)](#)

[bo-alternativ.de: Keine Abschiebungen nach Afghanistan \(02.02.2017\)](#)

Standards für die Unterbringung LSBTI*-Flüchtlinge – Flüchtlingsrat NRW erstellt ein Merkblatt für die Kommunen

Der Flüchtlingsrat NRW hat im Rahmen des vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (MGEPA NRW) geförderten Projekts „Infopool LSBTI“ ein Merkblatt für Kommunen erstellt, in dem Anregungen für eine Verbesserung der Unterbringungssituation besonders schutzbedürftiger lesbischer, schwuler, bisexueller, intersexueller und transgeschlechtlicher (LSBTI*-) Flüchtlinge gegeben werden. Die schätzungsweise fünf Prozent, die diese Personengruppe unter den Flüchtlingen insgesamt ausmacht, werden leider auch in Deutschland nicht immer ausreichend geschützt. Das bedeutet, dass sie nicht nur in ihren Herkunftsländern wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Identität Anfeindungen, Gewalt und Diskriminierungen ausgesetzt sind, sondern teilweise auch in hiesigen Unterkünften. Dies ist auch eine Folge nach wie vor fehlender Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen in kommunalen Einrichtungen. Mit einem Kriterienkatalog formuliert das Merkblatt Mindeststandards für die Unterbringung dieser schutzbedürftigen Personen. Hauptappell bleibt der Bezug von Privatwohnungen für alle Flüchtlinge. Angeregt wird die Wohngemeinschaften oder Gemeinschaftsunterkünften ausschließlich für LSBTI*-Flüchtlinge. Hier baut z. B. gegenwärtig die Stadt Köln eigene Kapazitäten aus. Insbesondere fehlt es im ländlichen Raum an Beratungsangeboten, weswegen eine möglichst städtische und zentrale Unterbringung empfohlen wird. Das Merkblatt stellt weiterhin von Vereinen betriebene Best-Practice-Modelle aus Nürnberg und Berlin vor. Außerdem werden einige Literaturhinweise zur weitergehenden Lektüre gegeben.

FRNRW: LSBTI-Flüchtlinge in NRW – Ein Merkblatt für Kommunen*

Landesregierung testet Schnellverfahren für Dublin-III-Fälle in drei Landesaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge

Die Landesregierung in NRW startet in Absprache mit dem BAMF ein Pilotprojekt in drei Unterbringungseinrichtungen in Sankt Augustin, Ratingen und Bottrop, in denen Asylsuchende im Dublin-III-Verfahren zur Zuführung eines Schnellverfahrens untergebracht werden. In allen drei Einrichtungen stellt das Land rund 900 Plätze bereit. Nach Beendigung ihres Verfahrens werden sie entweder den nordrhein-westfälischen Kommunen zugewiesen oder in ein anderes Land, das nach der Dublin-III-Verordnung für sie verantwortlich ist, überstellt. Die Verordnung regelt grundsätzlich, dass Flüchtlinge, die die Europäische Union als erstes in einem anderen Land, z. B. Griechenland, Ungarn und Italien, erreicht haben, dorthin zurückgeschickt werden. Das Pilotprojekt dient vor allem dem Zweck, die Aufenthaltszeit der Betroffenen zu verkürzen. Der Hintergrund ist, dass eine Überstellung in ein anderes EU-Land innerhalb einer Frist von sechs Monaten erfolgen muss, sonst wird das Asylverfahren in dem Land fortgesetzt, in dem sich der Asylsuchende aktuell befindet. Die Behörden geben an, dass sie sich eine „Effizienzsteigerung“ erhoffen.

Im Jahr 2015 wurden bundesweit 44.892 Übernahmeersuchen aus Deutschland an andere Mitgliedstaaten nach Dublin III gestellt; 29.699 davon wurde stattgegeben – im Endeffekt wurden 3.597 tatsächlich überstellt. Für Griechenland war das Verfahren lange Zeit außer Kraft gesetzt, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, plant aber, die Dublin-Verfahren für Griechenland ab dem 15.03.2017 wiederaufzunehmen. Der WDR berichtete am 25.01.2017, dass die Einrichtung in Bottrop bereits seit dem 01.12.2016 in Betrieb sei.

WDR: NRW testet schnelleres Asylverfahren (25.01.2017)

Landesregierung plant Ausweitung des Aktionsplan Westbalkan – der Bund bietet „Hau-ab“-Prämien

25.375 Menschen hat Deutschland im vergangenen Jahr abgeschoben; aus NRW kamen davon 5.121 Personen, mehr als aus jedem anderen Bundesland. Das Ministerium für Inneres und Kommunales teilte in einer Pressemitteilung vom 24.01.2017 mit, dass 2016 insgesamt 26.611 Asylsuchende „freiwillig“ aus NRW ausgereist oder abgeschoben worden seien. Damit haben 10.769 Geduldete mehr das Land verlassen als 2015. Dennoch kündigte die Landesregierung in verschiedenen Presseberichten und bei verschiedenen Veranstaltungen, z. B. auf dem Asylpolitischen Forum im Dezember 2016, an, noch mehr Flüchtlinge aus NRW abschieben zu wollen.

Die Landesregierung von NRW betreibt seit Anfang 2015 im Rahmen ihres „Aktionsplans Westbalkan“ einige Landesaufnahmeeinrichtungen, in denen Menschen aus den sogenannten sicheren Herkunftstaaten dauerhaft festgehalten werden können, um sie nach Abschluss ihres Asylverfahrens gesammelt abzuschicken. In einer neuen Aktion plante das Land Anfang Februar eine großangelegte „Zuführaktion Westbalkan“. Bis zu 2.000 Asylsuchende aus den Balkanstaaten sollten aus anderen Landesaufnahmeeinrichtungen in NRW in die Erstaufnahmeeinrichtungen nach Köln und Münster gebracht werden. Ziel der Aktion war, die Verfahren dort zu bündeln, noch schneller durchzuführen und die Menschen gesammelt abzuschicken.

Nach Protesten der Städte, der Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) und des Kölner Flüchtlingsrates wurde die Aktion ausgesetzt. Die Sorge bleibt aber bestehen, dass dies nur vorübergehend der Fall sein könnte oder, wie der Flüchtlingsrat Köln befürchtet, in anderen Aufnahmeeinrichtungen des Landes stattfinden wird. Das Land hält zudem weiterhin an seinen Plänen fest, „besondere Aufnahmeeinrichtungen“ nach § 30 a Asylgesetz zu schaffen, in denen Menschen untergebracht werden, die ein beschleunigtes Asylverfahren durchlaufen, z.B. Asylsuchende aus sogenannten sicheren Herkunftsländern.

Innenminister Jäger will sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass auch nach Algerien und Marokko Sammelabschiebungen durchgeführt werden. Zurzeit finden Abschiebungen in diese Länder nur in normalen Linienmaschinen statt.

Auch der Bund erhöht den Abschiebungsdruck. Mit dem Bundesprogramm „Starthilfe Plus“ sollen Flüchtlinge, die ihren Asylantrag zurücknehmen oder nach negativem Bescheid des BAMF auf eine Klage verzichten, im Falle der freiwilligen Ausreise Geld erhalten. Wer auf eine behördliche Entscheidung im Asylverfahren ganz verzichtet, soll 1.200 Euro erhalten; 800 Euro sollen Asylsuchende bekommen, die nicht gegen einen negativen Asylbescheid klagen. Das Programm richtet sich nicht an alle Asylsuchenden. So sind Menschen aus Mazedonien, Montenegro, Republik Serbien, Bosnien und Herzegowina, Republik Albanien, Republik Moldau und Kosovo von „Starthilfe Plus“ ausgenommen.

MIK: NRW steigert 2016 die Zahl freiwilliger Ausreisen und Abschiebungen deutlich (24.01.2017)

GGUA: Münster darf nicht zur Abschiebungszentrale werden! Landeseinrichtung in der Oxford-Kaserne soll für mehrere Wochen zu Abschiebelager umfunktioniert werden (30.01.2017)

Kölner FR: Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Köln-Bayenthal wird Abschiebeeinrichtung (27.01.2017)

WDR: Innenminister fordert Neuregelung von Abschiebungen (05.02.2017)

Miqazin: „Hau ab Prämien“. Innenministerium lobt neue Rückkehrprämien für Flüchtlinge aus (30.01.2017)

BMI: StarthilfePlus-Programm 2017. Zusätzliche finanzielle Unterstützung freiwilliger Rückkehrer/innen

Kommunale Initiativen fordern Bleiberechtperspektiven, Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland und einen Winterabschiebungsstopp

In Köln setzte sich ein breites Bündnis der Stadtgesellschaft erfolgreich für ein Bleiberecht für langjährig Geduldete ein. Mitte 2016 lebten in Köln ca. 4.500 Menschen mit Duldung – ca. ein Drittel davon seit mehr als 5 Jahren und mehr als 800 sogar seit über 15 Jahren. In einem offenen Brief an die Kölner Oberbürgermeisterin setzte sich das Bündnis für die Nutzung aller rechtlich möglichen Spielräume, um Duldungen für diese Personengruppe in Bleiberechte umzuwandeln, ein. Unter den Unterzeichnerinnen fanden sich auch 60 bekannte Kölnerinnen wie Schriftstellerinnen, Künstlerinnen, Ehrenamtlerinnen, Politikerinnen und Geistliche. Der Hauptausschuss der Stadt Köln nahm sich am 09.01.2017 dem Anliegen an und verabschiedete mit großer Mehrheit einen Antrag, der die Kölner Verwaltung auffordert, langjährig geduldeten Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Die Initiative der Ratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Piraten und GUT wurde von den Flüchtlingsinitiativen in Köln begrüßt, insbesondere, weil sie entgegen dem zurzeit vorherrschenden politischen Willen, mehr Abschiebungen zu vollziehen, das Thema Bleiberechte in den Diskurs zurückhole.

Auch in anderen Kommunen setzten sich Initiativen gegen den restriktiven Kurs in der Flüchtlingspolitik ein. So appellierte der Bochumer Initiativkreis Flüchtlingsarbeit in einer Pressemitteilung vom 12.01.2017 an die Bochumer Ausländerbehörde, den Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch und die Bochumer Politik, von Abschiebungen in kalte Zielgebiete bis Ostern abzusehen. Der Initiativkreis verweist auf die Temperaturen in den Westbalkanstaaten, die in den diesjährigen Wintermonaten bis zu minus 27 Grad betragen; diese Witterungsbedingungen sollten die örtlichen Behörden bei ihren Entscheidungen über Abschiebungen einbeziehen. Das Leben von Flüchtlingen sei in den betroffenen Staaten durch Kälte, Obdachlosigkeit und Elend bedroht. Auch in Münster setzt sich ein Bündnis aus verschiedenen Vereinen, Initiativen und Organisationen für einen solchen kommunalen Winterabschiebungsstopp ein. Die Stadt Münster wurde aufgefordert, alle Rechtsmittel und Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um „freiwillige“ Ausreisen und Abschiebungen in den winterlichen Balkan auszusetzen. Gleichzeitig wandte sich das Münsteraner Bündnis auf der eigenen Pressekonferenz am 17.01.2017 zusätzlich mit der dringenden Forderung an die Landesregierung, einen Winterabschiebungsstopp für ganz NRW zu erlassen.

In Hamburg forderte die Aktionsgruppe "Hamburg hat Platz" den Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz dazu auf, 1.000 Flüchtlingen aus Griechenland aufzunehmen. Freie Kapazitäten könnten hierfür reaktiviert werden. Die Gruppe startete eine Online-Petition, der sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beitrug.

Kölnische Rundschau: „Geduldet“, aber „Kölner“ Auch Prominente fordern ein Bleiberecht (05.01.2017)

Beschluss des Hauptausschusses der Stadt Köln: Bleiberechtperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln (09.01.2017)

Bochumer Initiativkreis: Keine Abschiebungen in Kälte, Obdachlosigkeit und Elend im Winter (12.01.2017)

Pressekonferenz des Bündnisses gegen Abschiebungen Münster: Für einen sofortigen Abschiebestopp (18.01.2017)

Emsbütteler Nachrichten: Hamburg soll 1.000 Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen (31.01.2017)

Podiumsdiskussionen über die flüchtlingspolitischen Schwerpunkte der Parteien vor der Landtagswahl NRW

Am 14. Mai 2017 findet die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt. Aus diesem Anlass veranstaltet der Flüchtlingsrat NRW im Februar und März 2017 mehrere Podiumsdiskussionen zur nordrhein-westfälischen Flüchtlingspolitik. Geplant sind fünf Veranstaltungen, eine in jedem Regierungsbezirk, und zwar in Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Soest und Münster. Ziel der Veranstaltungen ist es, mit Mitgliedern des Landtags über die Positionen der derzeit im Landtag vertretenen Parteien zu diskutieren, um den Wählerinnen bei der Meinungsbildung zu helfen.



Am 3. Februar fand in Bielefeld die Auftaktveranstaltung statt und war mit 100 Interessierten gut besucht. Die erste Diskussion zeigte, dass sich die Anforderungen an die Flüchtlingspolitik in NRW geändert haben. Vor einem Jahr ging es vor allem um die Neuankömmlinge; heute müssen sich Verwaltungen und Politik mehr mit den Konsequenzen des Zuzugs und der Herausforderung der Integration beschäftigen. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW, kritisierte den gestiegenen „Abschiebungsdruck“ der Landesregierung scharf. Bei den geplanten Maßnahmen würden „in keiner Weise menschliche Standards“ beachtet. Auch im Bereich der Unterbringung gebe es vieles zu kritisieren. Überall in NRW würden Rieseneinrichtungen betrieben, die isoliert und weit draußen liegen. Während der Diskussion sprach sich Naujoks für Mindeststandards in den Unterbringungen aus und warf der Politik in NRW vor, einen „restriktiven Weg“ eingeschlagen zu haben. Die Vertreter der Parteien gaben Naujoks im Punkt der Unterbringungssituation recht: Es gebe nicht genügend Angebote an bedarfsgerechten Unterkünften für die Asylsuchenden in NRW. Der Vertreter der FDP, Stephen Paul, und Simone Brand von den Piraten forderten ein klares Einwanderungsgesetz. André Kuper von der CDU stellte klar, dass seine Partei ein Asylrecht fordere, das klare Regelungen schaffe und Schutz biete, aber auf der anderen Seite müsse auch „konsequent rückgeführt“ werden. Matthias Bolte von Bündnis 90/Die Grünen hinterfragte das „Konstrukt der sicheren Herkunftsländer“. Länder wie Algerien, Tunesien und Marokko seien in seinen Augen nicht sicher, darüber hinaus seien auch Abschiebungen nach Afghanistan nicht zu verantworten. Trotzdem beteiligte sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der rot-grünen NRW-Landesregierung an den letzten beiden Sammelabschiebungen nach Afghanistan. Die SPD nahm aus Termingründen nicht teil. Die Termine der weiteren Podiumsdiskussionen findet Ihr auf unserer Homepage und unter Termine.

FR NRW: Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl (25.01.2017)

Polizei in NRW rät Flüchtlingen, keinen Karneval zu feiern und Kontrollen „kritiklos“ hinzunehmen

In einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 03.02.2017 haben der Kölner und der Leverkusener Flüchtlingsrat ein Schreiben der nordrhein-westfälischen Polizei scharf kritisiert. Darin wandte sich die Polizei an die Betreiber von Landesunterkünften und teilte mit, dass sie den Besuch von Karnevalsveranstaltungen durch Flüchtlinge „eher kritisch“ sehe. Weiter wurden in diesem Schreiben verstärkte Polizei- und Sicherheitskontrollen zu Karneval angekündigt, die die Flüchtlinge „kritiklos über sich ergehen lassen“ sollten. Die Polizei riet in der Information von der Teilnahme an Karnevalsveranstaltungen durch Flüchtlinge und ihre Unterstützerinnen ab, da sie „aufgrund der Ereignisse bei den vergangenen Jahreswechseln in der Bevölkerung derzeit leider zu unerwünschten Wechselwirkungen“ führen könne.

Die diskriminierenden Maßnahmen und Forderungen werden von den beiden Flüchtlingsräten in der Pressemitteilung scharf zurückgewiesen. Sie weisen darauf hin, dass der Karneval in den „Veedeln beste Integrationschancen bietet“. Die angekündigten Kontrollen und Anweisungen, den Ankunftsnachweis mit sich zu führen und auf große Taschen und Rucksäcke zu verzichten, kritisieren beide Flüchtlingsräte. Diese Maßnahmen böten keinen Schutz: „Ein solcher Schutz ist jedoch mit Sonderbehandlungen vermeintlich „anders“ Aussehender und anderen Maßnahmen des "racial profiling" nicht zu erreichen. Vielmehr werden durch solche Maßnahmen gerade die "unerwünschten Wechselwirkungen" in der Bevölkerung erst provoziert.“

Laut Bericht des Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) vom 04.02.2017 erklärte das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) nach der Kritik der Flüchtlingsräte, dass das Schreiben nicht weiterverteilt werde. In der Stellungnahme, die dem KStA vorliegt, erklärte das LZPD, dass das Schreiben „intern“ und „nicht autorisiert“ gewesen sei. Auch das Innenministerium äußerte sich laut KStA kritisch über das Schreiben.

Viele Flüchtlingsinitiativen und andere Organisationen schlossen sich der Kritik der Flüchtlingsräte an, wollen jetzt erst recht ein Zeichen setzen und organisieren gemeinsame Veranstaltungen zu Karneval. Die beiden Flüchtlingsräte raten den Feiernden: „Liebe Hunnen und Husaren, liebe Ganzverkleidete und Rucksackträger: Opjepass! Wenn ihr mitbekommt, dass Euer Nebenmann oder Eure Nebenfrau kontrolliert wird, nur weil er oder sie „anders“ aussieht, mischt Euch ein und fragt nach!“

FR Köln und FR Leverkusen: Flüchtlingsräte Köln und Leverkusen befürchten erneut Sonderbehandlung von vermeintlich „anders“ Aussehenden durch die Polizei (03.02.2017)

Neues Deutschland: Flüchtlinge müssen an Karneval mit Kontrollen rechnen (03.02.2017)

Kölner Stadt-Anzeiger: Ärger nach Polizei-Mail: „Werde Flüchtlingen nicht sagen, Karneval zu meiden“ (04.02.2017)

Termine

10.02.2017: Podiumsdiskussion „Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl“. 18:00-20:00 Uhr, VHS Bonn, Mülheimer Platz 1, 53111 Bonn.

Weitere Informationen auf: www.fnrw.de

13.02.2017: Veranstaltung „Asylrecht. Eindrücke aus dem praktischen verwaltungsrechtlichen Verfahren“. 18 Uhr, Geschäftsstelle Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf.

Weitere Informationen auf: www.calendar.boell.de

14.02.2017: Lesung „Ein Leben am Rand des Existenzminimums ist zumutbar. Eine Lesung aus deutschen Abschiebebescheiden mit Simone Barrientos und Leander Sukov.“ 19 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum.

Weitere Informationen auf: www.nrw.rosalux.de

17.02.2017: Vernetzungskonferenz „Rassistische Anfeindungen und Gewalt im Kontext von Flucht und Asyl“. 13:30–17:30, Ev. Kirche von Westfalen Haus Villigst, Iserlohner Str. 25, 58239 Schwerte.

Weitere Informationen auf www.gewaltakademie.de

17.02.2017: Podiumsdiskussion „Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl“. 18:00-20:00 Uhr, VHS Münster, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster.

Weitere Informationen auf: www.fnrw.de

21.02.2017: Veranstaltung „Bevorstehende Abschiebungen nach Afghanistan - Lagebericht Afghanistan“. 10.00 - 17.00 Uhr, Haus der Technik in Essen, Hollestr. 1, 45127 Essen.

Weitere Informationen auf: www.diakonie-rwl.de

21.02.2017: Benefiz-Auktion „Die Sprache der Bilder. Flucht in Kunst und Medien.“ 21 Uhr, Forum Volkshochschule, Rautenstrauch-Joest-Museum, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln.

Weitere Informationen auf: www.weitblicker.org

22.02.2017: Schulung „Basis-Seminar Asylrecht“. 17:00-20:00 Uhr, Stroetmanns Fabrik, Seminarraum 1, Friedrichstraße 2, 48282 Emsdetten.

Weitere Informationen auf www.fnrw.de

22.02.2017: Veranstaltung: „Die Gefährdungslage in Afghanistan“. 20:00-22:00 Uhr, Goldkante, Alte Hattinger Straße 22, 44789 Bochum.

Weitere Informationen auf www.bochum.nachtkultur.info

22.02.2017: Veranstaltung „Kommunizieren zwischen den Kulturen – Interkulturelles Training.“ 10:00-16:00 Uhr, Individuelle Flüchtlingshilfe Overath e.V., Perenchiesstraße 3 (Turnhalle, 1. Etage), 51491 Overath.

Weitere Informationen auf www.fnrw.de

24.02.2017: Schulung „Umgang mit traumatisierten Geflüchteten, Teil II“. 13:00-17:00 Uhr, International Office Die Brücke, Wilmergasse 2, 48143 Münster.

Weitere Informationen auf www.fnrw.de

24.02.2017: Seminar „Umgang mit traumatisierten Geflüchteten, Teil II“. 13:00-17:00 Uhr, International Office Die Brücke, Wilmergasse 2, 48143 Münster.

Weitere Informationen auf www.fnrnw.de

24.02.2017: Podiumsdiskussion „Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl“. 18:00-20:00 Uhr, Haus der Diakonie, Wiesenstraße 15, 59494 Soest.

Weitere Informationen auf: www.fnrnw.de

25.02.2017: Veranstaltung „Verbraucherschutz für Flüchtlinge“. 18:00-20:30 Uhr, Flüchtlingszentrum FliehKraft, Turmstr. 3-5, 50733 Köln.

Weitere Informationen auf www.koeln-freiwillig.de

28.02.2017: Workshop „Kommunizieren zwischen den Kulturen“. 10:00-16:00 Uhr, Caritaszentrum Migration und Flüchtlinge, In den Herrenbenden 1, 53879 Euskirchen.

Weitere Informationen auf www.fnrnw.de

03.-04.03.2017: Fachtagung „Auf Augenhöhe? Gemeinsam mit Geflüchteten vor Ort etwas bewegen. Ein Workshop für Engagierte in Initiativen – mit und ohne Fluchterfahrung“. Beginn am 03.03.2017 um 14:30 Uhr; Ende am 04.03.2017 um 16 Uhr, Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstr. 50 - 58, 44122 Dortmund.

Weitere Informationen auf: www.mitarbeit.de

03.03.2017: Podiumsdiskussion „Flüchtlingspolitik im Fokus der Landtagswahl“. 18:00-20:00 Uhr, Haus der Kirche, Saal 2 (EG), Bastionstraße 6, 40213 Düsseldorf.

Weitere Informationen auf: www.fnrnw.de

10.-11.03.2017: Fachtagung „Folteropfer sehen – Versorgungspfade bahnen“. Beginn am 10.03.2017 um 12 Uhr; Ende am 11.03.2017 um 15 Uhr, Hörsaal der MNR-Klinik, Gebäude 13.55, Universitätsklinikum Düsseldorf, Moorenstr. 5, 40225 Düsseldorf

Weitere Informationen auf www.uniklinik-duesseldorf.de

14.03.2017: Fachtagung „Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus als Herausforderung für die Migrationsgesellschaft“. 12:00-16:30 Uhr, LVR Horion-Haus Köln, Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln.

Weitere Informationen auf: www.ajs.nrw.de

29.03.2017: Fachtagung „Abschiebe- oder Willkommenskultur – wohin führt die Flüchtlingspolitik in NRW?“. 9:00-17:00 Uhr, Jugendherberge Köln-Riehl – City Hostel, An der Schanz 14, 50735 Köln.

Weitere Informationen auf: www.koelner-fluechtlingsrat.de

31.03.2017: Fachtagung „Integration Geflüchteter in Arbeit und Ausbildung“. 14:00-17:30 Uhr, VHS im BVZ, Clubraum, Gustav-Heinemann-Platz 2-6, 44777 Bochum.

Weitere Informationen auf: www.vhs.bochum.de

31.03.2017: Abschlusstagung des Projektes „Young Refugees NRW“. 10:00-15:00 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund, Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund.

Weitere Informationen demnächst auf www.iss-ffm.de

Weitere Terminhinweise, flüchtlingspolitische Nachrichten und Informationen über unsere Arbeit findet Ihr auf unserer Homepage www.fnrnw.de und auf unserer Facebook-Seite <http://www.facebook.com/FluechtlingsratNRW>.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.fnrnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum